

2. Sozialpolitik: Integration statt Ausschluss

Soziale Gerechtigkeit ist für das Grüne Bündnis ein Hauptanliegen – nicht erst seit die Welt in den Strudel der Weltwirtschaftskrise gerissen wurde. Die Arbeitslosenquote droht heute auf eine besorgniserregende Höhe anzusteigen. Daher braucht es einen Ausbau der Investitionstätigkeit, aber auch der Angebote für Arbeitslose. Zudem gilt es, die Kaufkraft der Bevölkerung angesichts der im Kanton Bern überdurchschnittlich ansteigenden Krankenkassenprämien und drohender Pensionskassensanierungen zu erhalten. Bei der Sozialhilfe haben die jahrelange Spar- und Abbaupolitik, das neoliberale Mantra der «Selbstverantwortung» und die zumeist undifferenzierte Polemik um Sozialversicherungs- und Sozialhilfemissbrauch den Grundkonsens der sozialen Fürsorge erschüttert. Eine besorgniserregende Entsolidarisierung droht zudem bei der anstehenden Revision des kantonalen Gesetzes, welches die Finanzierung der Sozialhilfe im engeren und weiteren Sinn regelt (Filag).

Das Grüne Bündnis setzt sich für eine Politik ein, die allen die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die individuelle Sozialhilfe muss weiterhin nach dem bewährten, solidarischen Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden finanziert werden. Eine einseitige Kostenübertragung auf die Gemeinden lehnt das Grüne Bündnis ab, würde doch damit den überwunden geglaubten «Armenjagden» Tür und Tor geöffnet. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung setzt sich das Grüne Bündnis für ein quantitativ ausreichendes und qualitativ hoch stehendes Angebot ein. Dem Trend, den mengenmässigen Ausbau des Angebotes mit einem qualitativen Abbau zu «finanzieren», widersetzt sich das Grüne Bündnis. Kindertagesstätten können ihren Integrations- und Bildungsauftrag nur dann wahrnehmen, wenn die personellen Ressourcen ausreichen.